

Die Uni steht vor schmerzhaften Sparmassnahmen

Angesichts drohender Budgetkürzungen beim Bund und beim Kanton warnt Rektorin Katharina Fromm vor den Folgen für die Universität Freiburg. Forschung und Wettbewerbsfähigkeit könnten leiden.



Rektorin Katharina Fromm erwartet schmerzhaft Einschnitte bei den Mitteln der Universität Freiburg.

Jean-Michel Wirtz

Freiburg «Einige dunkle Wolken kommen da auf uns zu», stellt Katharina Fromm, Rektorin der Universität Freiburg, fest. «Dass sowohl der Kanton als auch der Bund gleichzeitig Sparmassnahmen ergreifen, ist für uns eine schwierige Konstellation.» Denn von den insgesamt 312 Millionen Franken, die die Uni 2023 ausgegeben hat, haben 114 Millionen der Kanton und 44 Millionen Franken der Bund beigetragen. 63 Millionen stammen aus dem interkantonalen Ausgleich.

Der Bundesrat plant, den Bundeshaushalt bis 2027 um ge-

gen 3 Milliarden Franken zu entlasten. Er will im darauf folgenden Jahr weitere 3,6 Milliarden einsparen. Das Entlastungspaket 27 befindet sich seit Ende Januar in der Vernehmlassung.

Die Universität und die Freiburger Fachhochschulen sind gleich mehrfach davon betroffen. So strebt der Bundesrat Kürzungen an beim Schweizerischen Nationalfonds (SNF), bei projektgebundenen Beiträgen für Hochschulen, bei Innosuisse und in der internationalen Bildungsmobilität. «All diese vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen sind ziemlich heftig», unterstreicht die Rekto-

rin. Wenn sie wie vorgesehen in Kraft treten, würde die Wettbewerbsfähigkeit der Freiburger Uni darunter leiden.

Weniger Geld für Forschungsprojekte

Angefangen bei der Kürzung im Schweizerischen Nationalfonds (SNF): «Seine Mittel sind essenziell für die Grundlagenforschung an den Hochschulen. Darum bewerte ich die hier vorgesehene Einsparung als ausserordentlich gefährlich.» Für die Universität Freiburg könnten 3,7 Millionen Franken wegfallen. Denn der Bundesrat möchte beim Nationalfonds gleich zehn Prozent

kürzen. Bisher erhielt die Universität Freiburg jährlich zwischen 35 und 37 Millionen Franken aus dem Nationalfonds für ihre Forschungsprojekte.

Auch der Zugang zu Fördermitteln könnte laut Fromm für Forscherinnen und Forscher schwieriger werden. «Wird der Kuchen kleiner, sinkt auch die Erfolgsquote.» Ein weiteres Problem seien die wegfallenden Overheadbeiträge. Die Rektorin erklärt: «Der Nationalfonds erstattet den Hochschulen einen Teil der indirekten Kosten, die durch die SNF-Projekte entstehen. Zum Beispiel Ausgaben für Infrastruktur und Administration.» Da die Overheadbeiträge prozentual zu den vergebenen SNF-Geldern berechnet werden, würde eine Kürzung auf der einen Seite auch die Mittel auf der anderen Seite verringern.

Ein weiteres Problem sei die geplante Abschaffung der projektgebundenen Beiträge an die Hochschulen. Laut Katharina Fromm kann dies die internationale Konkurrenzfähigkeit und Attraktivität der Hochschullandschaft schädigen. Bisher hat der Bund mit diesen Beiträgen gemeinsame Projekte mehrerer Universitäten unterstützt, beispielsweise in der Digitalisierung, der Chancengleichheit oder der Nachwuchsförderung. «Davon profitierten alle Universitäten im Land», erinnert die Rektorin.

«All diese vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen sind ziemlich heftig.»

Wirtschaft gut geht, ja», antwortet Katharina Fromm. «Wenn es der Wirtschaft jedoch nicht gut geht, so wie jetzt, ist es fraglich, ob diese Massnahme wirklich sinnvoll ist.»

Hinzu komme die lange Vorbereitungszeit für Forschungsvorhaben mit der Privatwirtschaft. «Von der ersten Kontaktaufnahme bis hin zur Lancierung eines Projekts können bis zu zwei Jahre vergehen.» Wenn eine Firma nun mehr Geld in solche Projekte stecken soll, «wird sie es sich nicht zweimal, sondern sogar dreimal überlegen, ob sie für diesen Schritt bereit ist.»

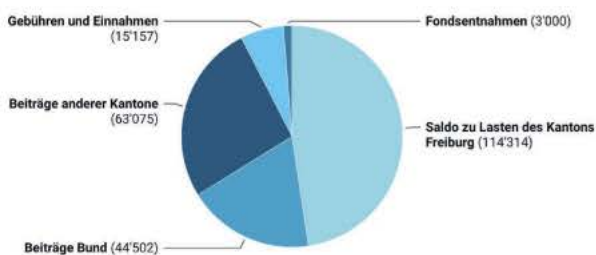
Studierende und Wirtschaft sollen mehr zahlen

Von den Studierenden verlangt der Bundesrat, dass sie sich mit höheren Studiengebühren an den Kosten beteiligen. Inländische Studierende sollen künftig doppelt so viel bezahlen, Studierende aus dem Ausland gar bis zu viermal mehr. «Unsere Studierenden würden eine solche Entwicklung alles andere als schätzen. Und ich auch nicht», kommentiert die Rektorin.

Bei einer kantonalen Universität wie jener in Freiburg liegt die Kompetenz für Gebührenerhöhungen jedoch nicht beim Bundesrat, sondern beim Staatsrat. Ihre Gebühren wurden zuletzt im Herbst 2018 erhöht. Um 180 Franken

Finanzierungsquellen der Uni Freiburg, 2023

Zahlen in Tausend Franken



Die Universität finanziert sich zum Grossteil mit Geldern der öffentlichen Hand.

Grafik: jmw



Archivbild: Aldo Ellena

oben gegangen. Seitdem bezahlen inländische Studierende pro Semester 835 Franken, ausländische Studierende 985 Franken.

«Schon jetzt haben immer mehr Studierende Schwierigkeiten, diese Gebühren zu bezahlen.» Die Anfragen nach finanzieller Unterstützung durch die Uni würden steigen. «Das beweist eine zunehmende finanzielle Kluft in der Gesellschaft.» Jedoch sollten Kredite oder finanzielle Schwierigkeiten begabte junge Leute nicht von einem Studium abhalten. «Denn Talente gibt es in allen Schichten der Gesellschaft.»

Die Rektorin gibt weiter zu bedenken: «Der Rohstoff der Schweiz ist die graue Gehirnmasse. Somit liegt ihre Zukunft in einer gut ausgebildeten Jugend.» Ein Studium sei nicht nur ein Gewinn für die Studierenden, sondern auch für die Wirtschaft und die Demokratie als Ganzes.

Bauprojekte und Sanierungen gefährdet?

Wenn der Bund dereinst seine Unterstützung für die Hochschule reduzieren sollte, könnte der Kanton Freiburg nicht in die Bresche springen. Denn auch der Staatsrat bereitet ein Sparpaket vor. Dieses soll im Laufe des Frühjahrs vorgestellt werden. Katharina Fromm möchte sich dazu noch nicht konkret äussern: «Erste Zahlen liegen bei uns auf dem Tisch. Aber noch ist...» steht im re-

gelmäßigen Austausch mit den Mitgliedern des Staatsrats. «Ich mache sie darauf aufmerksam, welche Konsequenzen verschiedene Sparmassnahmen hätten.»

Dass der Staatsrat Projekte verschieben könnte – beispielsweise den Neubau für die Rechtsfakultät oder Sanierungen der Gebäude der Naturwissenschaften – glaubt Katharina Fromm momentan nicht. «Ich bleibe vorsichtig optimistisch.» Der Kanton ha-

be anerkennt, dass die Gebäude der Universität in einem schlechten Zustand seien und auch energetisch saniert werden müssen. Moderne Infrastrukturen, wie beispielsweise Labore, würden auch talentierte Forschende anziehen. «Es geht hier um unsere Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich mit den anderen Universitäten», betont die Rektorin.

Angesichts des Spardrucks von Bund und Kanton wird die

Uni nicht umhinkommen, ihre Ausgaben zu senken. Wie das genau geschehen soll, lässt die Rektorin vorerst offen. «Eine definitive Antwort kann ich noch nicht geben. Aber wir werden sicherlich intern über die Bücher gehen müssen.» Der eine oder andere schmerzhaft Einschnitt sowohl bei den Fakultäten als auch bei der zentralen Verwaltung werde nicht zu vermeiden sein.

«Schon jetzt haben immer mehr Studierende Schwierigkeiten, diese Gebühren zu bezahlen.»

Rettung durch vermögende Unternehmen?

Der Baustoffproduzent Holcim und die Versicherung Mobiliar sind im vergangenen Jahr Partnerschaften mit der Universität Freiburg eingegangen. Holcim unterstützt eine Forschungsgruppe, die sich mit resilienten Strategien multinationaler Unternehmen beschäftigt. Die Mobiliar fördert ein Forschungscuster zur Zukunft der Schweiz.

Wird die Universität auf diese Weise die wegfallenden Gelder von Bund und Kanton ausgleichen können? Rektorin Katharina Fromm sagt dazu: «Die Mittel von Bund und Kanton fließen in die Grundaufgaben unserer Universität. Die Unterstützung durch Unternehmen ist dagegen kom-

plementär. Sie hilft uns, unsere bestehenden Stärken auszubauen und fakultätsübergreifende Forschungsprojekte voranzutreiben.»

Die Rektorin zeigt sich offen für den Ausbau von Kooperationen mit der Privatwirtschaft, betont jedoch: «Wir werden das nicht um jeden Preis tun.» Die Unternehmen dürften keinen Einfluss nehmen auf Personalentscheide oder Forschungsergebnisse. «Die Anstellung des Personals in den Forschungsgruppen bleibt Sache der Uni. Forschungsergebnisse dürfen nicht verändert werden und werden frei zugänglich veröffentlicht.» (jmw)

Fachhochschulen unter Spardruck: «Turbulenzen werden unvermeidlich sein»

Der Generaldirektor erwartet spürbare Auswirkungen der Sparmassnahmen.



Jacques Genoud bewertet höhere Studiengebühren als ein zweischneidiges Schwert.

Archivbild: Alain Wich

Jean-Michel Wirtz

Freiburg Die Sparmassnahmen von Bund und Kanton könnten auch die vier Freiburger Fachhochschulen in den Bereichen Technik und Architektur, Wirtschaft, Gesundheit sowie Soziale Arbeit erheblich treffen. Denn ungefähr 80 Prozent ihres Budgets kommen aus öffentlicher Hand, erklärt Generaldirektor Jacques Genoud auf Anfrage. «Davon entfallen ein Drittel auf den Bund und zwei Drittel auf die Kantone.» Die verbleibenden circa 20 Prozent stammen aus Drittmittelfonds, die hauptsächlich für Forschungsprojekte zur Verfügung stehen.

Da die Sparmassnahmen auf Bundesebene erst kürzlich in die Vernehmlassung gegangen sind und der Kanton seine Massnahmen noch nicht präsentiert hat, bleibt der Generaldirektor vorerst vage in seiner Einschätzung der konkreten Auswirkungen. «Wir haben die möglichen Sparmassnahmen noch nicht in unsere Finanzplanung integriert. Aber sie werden definitiv einen Einfluss auf uns haben.» Jacques Genoud will dennoch Optimismus ausstrahlen: «Wir werden kreativ sein, um diese Situation zu meistern. Aber einige Turbulenzen werden unvermeidlich sein.»

Privatwirtschaft kann nicht aushelfen

Allgemein erwartet er, dass es schwieriger wird, Forschungsprojekte zu finanzieren. «Die verfügbaren Drittmittel werden voraussichtlich sinken, und der Wett-

bewerb zwischen den Universitäten und Fachhochschulen wird zunehmen.» Eine vollständige Kompensation durch zusätzliche Unterstützung aus der Wirtschaft ist dabei eher unwahrscheinlich: «Die Privatwirtschaft kennt selbst Schwierigkeiten.»

Bei der Erhöhung der Studiengebühren, die der Bundesrat anstrebt, spricht Jacques Genoud von einem zweischneidigen Schwert. «Eine Erhöhung kommt für die Fachhochschulen gelegen, wenn der Bund und die Kantone ihre Mittel zurückfahren. Aber die andere Seite der Medaille ist, dass es für Studierende schwieriger wird, ihr Studium zu finanzieren.»

Studiengebühren gehen schon im Herbst nach oben

Unabhängig vom Entlastungspaket des Bundesrats habe der Regierungsausschuss der Westschweizer Fachhochschulen bereits höhere Studiengebühren beschlossen, erinnert der Generaldirektor. Ab Herbst werden inländische Studierende 700 Franken pro Semester zahlen, 200 Franken mehr als bisher. Für ausländische Studierende ist es ein Sprung von 500 auf 1050 Franken. Gemäss dem Regierungsausschuss, dem die Bildungsdirektorinnen und -direktoren der verschiedenen Kantone angehören, ist es die erste Erhöhung seit der Gründung der Westschweizer Fachhochschulen HES-SO im Jahr 1998. «Trotz der Erhöhung bleiben wir im Vergleich zu anderen Fachhochschulen und Universitäten im Rahmen», betont der Generaldirektor.



Studierende an den Fachhochschulen müssen ab dem Herbst 200 Franken mehr an Gebühren zahlen.

Archivbild: Charles Ellena